

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Rieser  
Herrnstr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt  
Dresden 1594.  
Telefon:  
Rieser Nr. 22

Nr. 221.

Samstag, 21. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Untertages von Produktionsstörungen, Entschädigungen der Presse und Materialschonung behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigens sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemühter Rabatt ertitelt, wenn der Auftrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: I. W. J. Zeichgraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Revisionspolitik in Genf.

In einem letzten Augenblick haben die Friedensdiktatoren von Versailles den Artikel 19 in die Völkerbundsatzen hineingeschrieben. Dieser sieht die Nachprüfung unanwendbarer Verträge vor sowie auch solcher internationaler Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnten. Mit dem Eintritt der englischen Arbeiterregierung ist frisches Leben in die Genfer Verhandlungen gekommen. Man hat den Mut gefunden, große Probleme ernsthaft anzufassen und also auch die Verfassung des Völkerbundes. Der Artikel 19 wurde zwei Tage lang verhandelt, durch den Aussenminister hindurchgebracht und nun auch vom Verfassungsausschuss bearbeitet. Allerdings sieht man es den Gesandten vieler Teilnehmer an, wie unbehaglich ihnen dies Thema ist. Der Vertreter Rumäniens verließ sogar während den Verhandlungen den Saal. Der große Kriegsgewinn, Macht- und Landgewinn zu verteidigen hat, dem natürlich nicht daran, sich auf irgendeine Nachprüfung dieses Besiebes und seiner Rechtsansprüche einzulassen, auch wenn dadurch hundertmal der Weltfrieden gefährdet würde. Aber diejenigen, die vom Imperialismus großmächtiger Sieger bedroht werden, stellen auch eine Macht dar, wenn sie sich zusammenschließen. Den Antrag, eine besondere Kommission zu ernennen, die gewisse Verträge ein Durchführungsgebot für den Artikel 19 ausarbeiten sollte, stellte China. Neben ihm meldeten sich Persien, Mexiko und Haiti zu Wort. Mit etwas Geringschätzung nehmen natürlich europäische Großmächte solche exotische Forderungen auf. Aber auch für sie wird die Sache ernst, wenn sich der belagerte Sozialist Henri Rolin, Jurist von Genf, des chinesischen Antrages annimmt. Auch für Belgien könnte zwar eine Revision der Friedensverträge Unannehmlichkeiten im Gefolge haben. Rolin ist aber trotzdem dafür, daß die Völkerbundversammlung das Recht haben soll, wenigstens von Fall zu Fall auf entsprechende Anträge hin die Revision eines Vertrages der zuständigen Kommission zu überweisen. Noch energischer tritt Professor Baker, der Vertreter der englischen Arbeiterregierung, für die Anwendbarkeit des Artikels 19 ein. Er schlägt vor, entweder den chinesischen Antrag auf Einsetzung einer ständigen Sonderkommission anzunehmen, oder aber die Vorschläge Rolins in präzisere Form zu bringen. Ein Unter Ausschuss des Verfassungsausschusses sollte die beiden Möglichkeiten prüfen. Und dieser Unter Ausschuss kam dann tatsächlich zustande. Er ist nun an der Arbeit. Neben Rolin und Baker gehören ihm für Italien Filotti, und für Deutschland Koch-Weser an. Das ist eine sehr revisionsfreundliche Zusammensetzung.

Man sieht: der Revisionsgedanke hat also auch unter den Siegerstaaten seine Anhänger bekommen. Allerdings würde man sich täuschen, wenn man als Motiv dafür nur das erwerbende Gerechtigkeitsgefühl sehen wollte. Das mag für England und Belgien gelten. Italien dagegen betreibt die Revision der Verträge ebenso wie seine gesamte Politik aus dem Geiste des heiligen nationalen Egoismus heraus. Es will an Kolonien oder Mandaten beteiligt sein. Von Tripolis aus arbeitet es zunächst an der wirtschaftlichen und moralischen Eroberung von Libyen. Es hat in Afghanistan den Rang abgelaufen und breitet sich an der Küste des Roten Meeres aus. Vom Dodekanes aus sieht es nach dem Kleinasienfestland hinüber einfließen zu bekommen. Der Frieden mit dem Papst hat die italienischen Katholiken in Syrien und Palästina zugleich zu Vorkämpfern der italienischen Politik gemacht. Nun sucht Italien auf dem Wege über den Völkerbund Rechtstitel für seine kolonialen Bemühungen zu gewinnen. Daß es dabei überfall auf Frankreich in Gegenwart gerät, entspricht nur dem Gesamtcharakter von Mussolinis Einstellung. Er steht eine Auseinandersetzung mit Frankreich als unentrinnbare Notwendigkeit für die Zukunft an. Gegen Frankreich sammelt er deshalb auch in der ganzen Welt Bundesgenossen. Seine Balkanpolitik ist vorwiegend von dieser Absicht beherrscht. Er hofft, eine neue Entente zustandzubringen, in der er am liebsten Deutschland, Rußland und England vereinigt sähe. Auf letzteres muß er allerdings wahrscheinlich verzichten. Eine konservative englische Regierung wird es wahrscheinlich immer mit Frankreich halten, während es für eine englische Linkregierung unmöglich sein wird, mit dem Faschismus zusammen zu gehen. Das bringt eben schon der russische Kommunismus fertig. In diesem Zusammenhang gewinnen die italienisch-russischen Verbrüderungsabreden dieses Sommers ihre besondere Bedeutung. Für Deutschland besteht aber bei solchen italienischen Annäherungsversuchen eine heikle Gewissensfrage. Gewiß ist Deutschland die italienische Unterhänigkeit der Revisionsfrage lieb. Italien würde wohl unter Umständen auch bereit sein, seine Politik in Subtilität zu ändern und das Anschlußverbot für Österreich aufzuheben. Dafür müßte aber Deutschland in sehr großem Widerspruch zu Frankreich treten, Locarno revidieren, neue Gegenseitigkeit Englands und Amerikas riskieren und unter Umständen sich auch innerpolitisch dem schicksalhaften Bundesgenossen anpassen. Das wäre also doch eine kostspielige Rechnung. Deshalb wird Deutschland gut daran tun, die Revisionsberatungen in Genf zwar so weit wie möglich zu fördern, und auch Italiens Revisionswünsche als Hilfe gegen in Anspruch zu nehmen, aber doch keine zu weitgehenden Bindungen gegenüber der Politik Mussolinis daraus ableiten zu lassen.

## Abchluß der Völkerbundsarbeiten nächsten Mittwoch.

Genf. Das Präsidium der Völkerbundversammlung hat am Freitag den dringenden Wunsch nach einem beschleunigten Abschluß der Konferenzarbeiten ausgesprochen. Dieser Wunsch ist den Vorsitzenden aller Ausschüsse übermittelt worden. Das Präsidium hat Vorbereitungen getroffen, um die Völkerbundversammlung am nächsten Mittwoch gleichzeitig mit dem Rat abzuschließen. Am Sonnabend nachmittags findet eine neue Völkerbundversammlung statt, in der die von den Ausschüssen angenommenen Berichte und Entschlüsse genehmigt werden sollen.

### Die Arbeiten des Komitees für Sachlieferungen.

Paris. „Information“ gibt folgende Nachrichten eines französischen Mitgliedes des gegenwärtig in Paris tagenden, im Young-Plan vorgesehenen Komitees für Sachlieferungen wieder: Seit drei Tagen tagt das Komitee vormittags und nachmittags. Es handelt sich darum, die Maßnahmen zu prüfen, durch die der Übergang vom Dawes-Plan zum Young-Plan mit möglichst geringen Erschütterungen vollzogen werden kann. Bei den Beratungen spielen die Zahlen eine Hauptrolle. Die Delegierten haben die Zahlen des Berichtes der Sachverständigen zu interpretieren. Die Sachlieferungs-Kommissionen können nicht mit den Barlieferungs-Kommissionen des Young-Plans überein. Die Beratung ist rein technischer Art. Die Arbeiten des Sachlieferungskomitees dürften vor Mitte nächster Woche nicht beendet sein. Das Programm ist folgendes: Bearbeitung des künftigen Sachlieferungsmodus, wie es das Haager Protokoll vorsieht; Herstellung einer Übereinstimmung der Zahlungspläne; eventuelle Revision des für die Sachlieferungspläne anwendbaren Regimes.

### Die Internationale Zahlungsbank und der Völkerbund.

Genf. Der dänisch-norwegisch-polnische Entschlussesantrag, durch den unter Berufung auf Art. 24 des Völkerbundsstatutes eine Verbindung zwischen dem Völkerbund und der im Young-Plan vorgesehenen Internationalen Bank hergestellt werden soll, wurde gestern nachmittags im zweiten Verfassungsausschuss (technischen Organisationen) zur Beratung gestellt. Der Norweger Koch-Weser erklärte, die Bank müsse selbstständig autonom bleiben. Immerhin könnte große wirtschaftliche Verwirrung entstehen, wenn sich ihre Tätigkeit schließlich in einer Richtung entwickeln würde, die den Beziehungen des Völkerbundes entgegenliefe. Wenn auch das Reparationsproblem nicht in den Tätigkeitsbereich des Völkerbundes gehöre, so müsse doch jedem Völkerbundstaate die Möglichkeit gegeben werden, sich im Falle entl. Schäden, die ihm durch die Bank entstanden, an den Völkerbund zu wenden. — Der Präsident der Amsterdamer Handelskammer, Selbring, erklärte, man müsse zwei Stadien unterscheiden. Die Bank würde zu-

nächst hauptsächlich geschaffen zum Zwecke der Abwicklung der Reparationszahlungen. Wenn es sich nur um die Interessen der an der Reparationskassette beteiligten Staaten handelte, gehe die Bank den Völkerbund nichts an. Der Zeitpunkt werde aber kommen, wo eine zweite Etappe beginnen und die Bank auf einer breiteren wirtschaftlichen Basis arbeiten werden. Erst dann könne eine ständige Rolle des Völkerbundes in Betracht gezogen werden. Im Hinblick auf die Möglichkeit der späteren Ausdehnung der Banktätigkeit sollte schon jetzt auf eine ausgiebige, jährliche Publizität hingearbeitet werden. Auch müsse im Falle der Ausdehnung der Banktätigkeit die Möglichkeit offengelassen werden, das Bankstatut später abzuändern. Erst in diesem Falle würde eine Zusammenarbeit zwischen dem Völkerbund und der Bank notwendig, obwohl auch dann der Einbruch vermieden werden müsse, daß der Völkerbund einen starken Einfluß nehmen würde. Im Sinne dieser Ausführungen beantragte Selbring zum Schluß die Bezugnahme auf Art. 24 des Völkerbundsstatutes und die beiden Schlußabsätze des Entschlussesantrages zu streichen, in denen die Herstellung einer Beziehung zwischen dem Völkerbund und der Bank verlangt und der Rat zur Erreichung entsprechender Maßnahmen aufgefordert werden sollte. — Die weitere Aussprache wurde auf Sonnabend nachmittags angesetzt.

### Die englischen Mitglieder des Organisationskomitees der Internationalen Zahlungsbank ernannt.

London. Der hervorragende Bankmann Sir Charles Hobbs und Chefredakteur Bayton von der Handelszeitung „Economist“ wurden vom Gouverneur der Bank von England als englische Mitglieder des Organisationskomitees der nach dem Young-Plan zu errichtenden Internationalen Zahlungsbank ernannt.

### Die Anpassung des Völkerbundsstatutes an den Kellogg-Pakt.

Genf. Für die Behandlung des englischen Antrages auf Anpassung des Völkerbundsstatutes an den Kellogg-Pakt durch Änderung der Art. 12 und 15 hat der Rechtsausschuss die Einsetzung eines besonderen Juristenkomitees aus 11 Mitgliedern beschlossen. Der französische Berichterstatter betonte, daß es nach übereinstimmendem Auffassung des für diese Frage eingesetzten Unter Ausschusses wünschenswert sei, daß die Bestimmungen des Völkerbundsstatutes den Völkerbundstaaten nicht mehr das Recht zugestehen, zum Kriege in den Fällen zu greifen, in denen durch den Kellogg-Pakt auf dieses Recht verzichtet wurde.

Als erster der sechs Verfassungsausschüsse hat gestern Abend der Politische Ausschuss seine Arbeiten beendet. Er stimmte in der getragenen Schlußfassung einer verbindlichen Angliederung des Zentralbüros des Nanzen-Flüchtlingswerks an das Völkerbundssekretariat zunächst für ein Jahr zu.

## Mittellandkanal und Elbe-Niedrigwasserregulierung.

Der Große Ausschuss des Zentralvereins für Deutsche Binnenschifffahrt e. V. tagte unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. h. c. Ott-Röhl, in Magdeburg. Die aus allen Teilen des Reichs, insbesondere aus Mitteldeutschland, stark besuchte Versammlung nahm einen Bericht des Elbtrambanddirektors Dr. h. c. Jander-Magdeburg über den Stand der Bauarbeiten am Mittellandkanal und einen Vortrag des Magdeburger Stadtbaurats Dr. Götts über die Magdeburger Hafen- und Industrieanlagen in Elbeshiffgeleite des Mittellandkanals entgegen.

Strombaudirektor Dr. h. c. Jander gab zunächst eine geschichtliche Darstellung über den Mittellandkanal vom Rhein bis zur Elbe bezw. Berlin. Ursprünglich war bei Beginn der Arbeiten im Jahre 1926 die Fertigstellung des Kanals bis zum Jahre 1932 in Aussicht genommen. Da aber infolge der Geldknappheit im Reich die Bauarbeiten nur in beschränktem Umfang zur Verfolgung gestellt werden können, wird voraussichtlich der Kanal im Jahre 1937 vollendet werden. Der Vortragende wies darauf hin, daß neben der Förderung der Schifffahrt und der Industrie auch die Hebung und Förderung der Landwirtschaft mit dem Bau des Kanals verbunden werden soll. Es ist in Aussicht genommen, ca. 4000 Hektar Landflächen teilweise durch Bewässerung, teilweise durch Entwässerung, teilweise durch Aufhöhung mit Kanalabwasser in höhere und bessere Kultur zu bringen. Bisher sind 18 Millionen Kubikmeter Bodenaushub geleistet.

Von 12 Eisenbahnbrücken sind 4 fertiggestellt, von 76 Straßenbrücken 22 und 53 Düfern und Durchläufen 9. Die durchschnittliche Zahl der auf den Kanallen beschäftigten Arbeiter beträgt zur Zeit 4100 gegen 3000 im Jahre 1928.

Stadtbaurat Dr. Götts gab einleitend einen interessanten Überblick über die Beziehungen Magdeburgs zur Elbe und zur Elbschifffahrt und die bereits bestehenden, der Schifffahrt und dem Wasserumschlag dienenden natürlichen und privaten Einrichtungen. Durch die Verbindung des westlichen und östlichen Wasserstraßensystems (Rhein, Elbe, Weser, Elbe, Havel, Spree, Oder, Warthe und Nebe), sei eine Neuorientierung der Binnenschifffahrt bedingt. Magdeburgs Bedeutung liege in seiner Eigenschaft als Schnittpunkt des Mittellandkanals mit der Elbe, Zweck und Ziel des neuen Hafengebietes sei vor allem die Unterbringung von Industrieunternehmungen.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der gegenwärtigen schwierigen Niedrigwasser-Katastrophe der Elbe wurde eine von Direktor Wankel-Schönbeck für die Elbe eingebrachte und von Reichsminister a. D. Dr. Ing. e. h. Gothein-Berlin für die Oder ergänzte Entschlussesfassung einstimmig angenommen, in der im Interesse der deutschen Wirtschaft die sofortige Inangriffnahme und beschleunigte Durchführung der Niedrigwasser-Regulierung von Elbe und Oder gefordert und hierfür der Bau von Talsperren im Niederschlagsgebiet dieser Flüsse als besonders geeignet befürwortet wird.

### Standesrenten-Vorlage in erster Lesung erledigt.

Der Rechtsausschuss des Reichstags erledigte am Freitag die erste Lesung des Standesrenten-Gesetzesentwurfs. Die einzelnen Bestimmungen wurden meist bei Stimmenthaltung der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und bayerischen Volkspartei angenommen.

Nach § 19 sind die Länder ermächtigt, Abfindungsregelungen mit den Berechtigten zu treffen. Von kommunikativer Seite wurde dagegen protestiert, daß nach § 20 die den Kirchen zu zahlenden Renten unangetastet bleiben sollen. Angenommen wurde eine Entschlussesfassung, wonach die Regierung ein Verzeichnis der hier in Frage kommenden kirchlichen Renten vorlegen soll.